

Bezirktagspräsident Josef Mederer zieht Bilanz der vergangenen fünf Jahre

Kampf für bessere psychiatrische Versorgung

In Passau stand die Vollversammlung des Bayerischen Bezirkstags unter dem Titel „Psychisch Kranke im Spiegel der Gesellschaft – Facetten einer bedarfsgerechten Versorgung“. Zum Auftakt betonte der bayerische Ministerpräsident Markus Söder (CSU) in einer Videobotschaft, die überaus wichtige Rolle der sieben bayerischen Bezirke und ihres Spitzenverbands für ein funktionierendes Gemeinwesen im Freistaat Bayern. Mit einer modernen, zeitgemäßen und flächendeckenden psychiatrischen Versorgung der Menschen setzten die Bezirke und der Bayerische Bezirkstag seit Jahrzehnten Maßstäbe. Mit dem neuen Psychisch-Kranken-Hilfegesetz (PsychKHG), das in Kürze im Bayerischen Landtag verabschiedet werde, setze der Freistaat Bayern in enger Zusammenarbeit mit den Bezirken und deren Fachrichtungen nun eine Wegmarke, die auf guter gesetzlicher Grundlage verlässlich in die Zukunft weise – so der Ministerpräsident.

Geld vom Freistaat für die Pflegestützpunkte

Der Präsident des Bayerischen Bezirkstags, Josef Mederer, zog danach eine pointierte Bilanz der zurückliegenden fünf Jahre und skizzierte die Herausforderungen, denen sich die Bezirke heute und in den kommenden Jahren zu stellen haben. So sei es beispielsweise gelungen, ein modernes und wegweisendes Maßregelvollzugsgesetz für die forensische Psychiatrie zu erarbeiten und umzusetzen. Ein besonderer Erfolg sei es, so Mederer, dass jeder Maßregelvollzugseinrichtung, die die Entlassung eines Patienten vorbereitet, nun forensische Ambulanzen für die Nachsorgebetreuung verpflichtend zur Verfügung stehen.



Niederbayerns Bezirkstagspräsident Olaf Heinrich (von links), Bayerns Kultusminister Bernd Sibler, Bezirkstagspräsident Josef Mederer (alle CSU) sowie der Passauer Oberbürgermeister Jürgen Dupper (SPD).

FOTO HÖLZ

Auch das neue Psychisch-Kranken-Hilfegesetz (PsychKHG) trage, so Mederer, erheblich zu einer Verbesserung der psychiatrischen Versorgung in Bayern bei. Ein wichtiger Meilenstein sei hier der Auftrag an die Bezirke, einen flächendeckenden Krisendienst für Menschen in psychischen Notlagen zu schaffen. Er begrüße nachdrücklich, dass sich die bayerische Staatsregierung bereit erklärt habe, zu dessen Mitfinanzierung

für die in allen Bezirken zu entrichtenden Leitstellen einen Betrag von jährlich 7,7 Millionen Euro in die Hand zu nehmen. Der psychiatrische Krisendienst werde damit in Zukunft Menschen in psychischen Notlagen als Anlaufstelle rund um die Uhr und 365 Tage im Jahr zur Verfügung stehen.

Dass den Bezirken mit Jahresbeginn nun auch die Zuständigkeit für die ambulante Hilfe zur Pflege

übertragen wurde, lobte Mederer ebenfalls als wichtigen Schritt. Die Bezirke verstünden dies jedoch auch als Auftrag, vor allem die bereits bestehenden Beratungsstrukturen für Pflegebedürftige und ihre Angehörigen in ganz Bayern weiter zu verbessern. Die flächendeckende Einrichtung von Pflegestützpunkten, die auf bewährte Beratungsstrukturen vor Ort aufbauen und umfassende Beratung unter einem Dach anbieten,

sei hierfür ein vielversprechendes Modell. Die Bezirke sehen sich hier in einer Vorreiterrolle. Allerdings müsse die finanzielle Last dabei auf mehrere Schultern verteilt werden. Neben der kommunalen Seite stünden hierbei insbesondere die Pflege- und Krankenkassen in der Pflicht. Aber auch der Freistaat Bayern müsse sich an den Kosten der Pflegestützpunkte angemessen beteiligen. > ULRICH LECHLEITNER

Festansprache von Kultusminister Bernd Sibler (CSU)

„Verlässlicher Partner der bayerischen Staatsregierung“

Der Staatsminister für Unterricht und Kultus, Bernd Sibler (CSU), der für die bayerische Staatsregierung die Festrede hielt, lobte die enge Zusammenarbeit aller Beteiligten bei der Weiterentwicklung des Psychisch-Kranken-Hilfegesetzes (PsychKHG), das nun eine Rechtssicherheit für alle garantiere. Hier habe es ertragreiche und am Ende gute Gespräche gegeben, um nun ein Gesetz zu verabschieden, das den betroffenen Menschen mit psychischen Erkrankungen ein wirkliches Hilfe-Gesetz sein werde. Sibler dankte allen Fachleuten und auch den Bezirken und dem Bezirkstag für die kompetente und immer faire Zusammenarbeit. Die dritte kommunale Ebene sei der Staatsregierung hier ein verlässlicher Partner gewesen, um die moderne Psychiatrie in Bayern weiter voran zu bringen.

Intensiv ging er dann auf den Bereich „Schule“ ein, ein wichtiges Thema der Bezirke (hier im Blick auf die Förderschulen) und der Staatsregierung. Sibler verwies auf inzwischen mehr als 900 Psychologen und 1800 Beratungslehrern, die sich aktiv um die Schüler kümmern. „Dies genügt noch nicht, wir möchten weitere Schulpsychologen und vor allem Schulsozialarbeiter gewinnen“, führte er aus.

Als weitere Herausforderung sieht Sibler vor allem den Weg zu einem digitalen Klassenzimmer. „Wir müssen die digitale Schule gestalten und Lehrer und Schüler darauf vorbereiten. Aber klar ist auch unser Ziel und Anspruch: Die Technik muss dem Menschen helfen, der Mensch steht im Mit-

telpunkt unserer Überlegungen“. In Bayern sollen hierzu Modellprojekte starten, bewusst würden aber keine Grundschulen in das Projekt aufgenommen. In diesem Alter sollen zunächst die Kernkompetenzen Rechnen, Lesen und Schreiben vermittelt werden. Für die digitalen Klassenzimmer sind zunächst 150 Millionen Euro im Haushalt berücksichtigt.

Fast 300 Schulen mit einem inklusiven Profil

Auf einem ebenfalls guten Weg sieht Sibler Bayern bei der Inklusion. Fast 300 Schulen hätten inzwischen ein inklusives Profil. Er mahnte an, dass das Thema Inklusion ein gesellschaftliches sei, das weiter diskutiert werden müsse.

Auch ein weiteres aktuelles Thema der politischen Diskussion griff der Minister ebenso auf. Integration betreffe nicht nur den Arbeitsmarkt, sondern sei insbesondere seit 2015 auch an den bayerischen Schulen auf der Tagesordnung. „Diese Leistung, gerade an den Berufsschulen, ist in der Öffentlichkeit häufig zu wenig beachtet worden.“ Allein seit 2015 seien rund 60 000 Schüler mit Migrationshintergrund in den Schulbetrieb integriert worden. „Gerade die Berufsintegrationsklassen haben hier eine sehr gute Rolle gespielt. Wir vermitteln dort nicht das fachliche Wissen, sondern vermitteln Demokratieverständnis und Werte, die für eine Integration ebenso wichtig sind.“ > HENNER LÜTTECKE



Ein gelungenes Beispiel für eine moderne Psychiatrie-Architektur: Die Fassade der Mangfall-Klinik im Bezirk Oberbayern.

FOTO E.B.

Die bauliche Beschaffenheit von Psychiatrien im Wandel der Zeit

Die Rolle der Architektur

Können auch Gebäude zur Entstigmatisierung in der Psychiatrie beitragen? Und wenn ja, wie? Diesen Fragen ging Professor Wolfgang Schreiber, Ärztlicher Direktor des Bezirksklinikums Mainkofen, in Passau auf den Grund.

Nach einem prägnanten historischen Abriss, bei dem vor allem Schreibers Darlegungen für die Zeitspanne zwischen 1850 und 1900 bemerkenswert waren - hier bestimmte ganz klar der Sicherheitsgedanke die Bauweise, als Schutz vor allem nach Außen - war dann die Phase bis etwa 1914 eine Art Übergang, in der die da-

maligen Heil- und Pflegeanstalten als „schützendes und geschütztes Dorf“ im öffentlichen Bewusstsein wahrgenommen wurden.

Die Einrichtungen waren so konzipiert, dass der Patient (damals noch „Insasse“ genannt) dieses Dorf nach seiner Aufnahme erst dann wieder verließ, wenn er starb. In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg ging es dann darum, die Psychiatrie in der Tat schrittweise aus ihrer Tabu-Zone, ihrem Schatten, ihrem Stigma auch baulich heraus zu holen.

Vor allem ab 1970 wurden vermehrt Glas und sogar Holz verbaut, um verstärkt jeden her-

kömmlichen „Anstalts-Charakter“ zu vermeiden. Das aber, so Schreiber, führte dazu, dass nicht wenige Gebäude heute wie rein funktionale Bürobauten wirken. Damit werden sie „verwechselbar“ und sogar „vergessen“.

Dem eigentlichen Ziel, den Patienten ihr Bedürfnis nach Wärme, Annahme und Schutz in ihrer Erkrankung zu bieten, werden diese so oft nicht hinreichend gerecht. Deshalb bleibe auch in der Architektur psychiatrischer Einrichtungen noch manches auf dem Weg einer weiteren Entstigmatisierung zu tun. > ULRICH LECHLEITNER

KOMMENTAR

Wichtige Akzente

VON ULRICH LECHLEITNER

Ein Begriff prägte das Tagungsthema des Bayerischen Bezirkstags bei der Vollversammlung in Passau ganz besonders: „Entstigmatisierung der Psychiatrie“. Und rasch zeigte sich, dass dies weit mehr als nur ein Begriff oder gar eine leere Worthülse ist. Im langen Windschatten der unbezweifelbaren Erfolge der Psychiatrie-Enquete von 1975 haben auch die Bezirke und deren psychiatrischen Einrichtungen in langen Jahrzehnten vieles hier getan: baulich, therapeutisch, medizinisch und vor allem im Umgang mit psychisch Kranken generell. Von den einstigen Irrenanstalten mit riesigen Betten-sälen, trostlosen Verwahrhäusern oder gar dem „Narren-turm“ des Mittelalters ist heute gottlob keine Rede mehr.

Doch war es ein langer Weg, der bis heute steinig geblieben ist. Denn auch in unserer vermeintlich so aufgeklärten Gesellschaft werden psychische Erkrankungen immer noch viel zu oft tabuisiert, werden jene, die darunter leiden (etwa am Arbeitsplatz) in einen für sie viel zu langen Schatten gestellt, der stigmatisiert statt zu entstigmatisieren.

Eine betroffene Frau berichtete davon ebenso bewegend wie aufrüttelnd in einer Diskussionsrunde und sparte dabei auch nicht mit dem Verweis darauf, dass es gerade auch in manchen Kliniken hier unverändert Missstände gebe, über die man nicht schweigen dürfe.

Doch das allein reicht nicht. Wenn diese Menschen allzu leichtfertig im allgemeinen Sprachjargon immer noch als „Irre“, gar „Bekloppte“ diskriminiert, ja sogar lächerlich gemacht werden, ohne, dass sich dagegen Protest erhebt, bleibt das Ziel der Entstigmatisierung vordringlich und unumkehrbar als Verpflichtung bestehen.

Der Bezirkstag hat in Passau neue, wegweisende Impulse gesetzt. Gerade auch deshalb, weil Betroffene mehrfach zu Wort kamen und ihren Lebensalltag ganz real schildern konnten. Entstigmatisierung beginnt immer im Kleinen – und manchmal sogar an einem Versammlungspodium.

Bewährte Moderation von Anouschka Horn

Wie schon bei vorherigen Vollversammlungen des Bayerischen Bezirkstags übernahm auch diesmal die Journalistin und Anchorwoman des BR, Anouschka Horn, die Moderation mehrerer Programmpunkte. Souverän, kenntnisreich und mit einer Prise Humor führte die 51-jährige Münchnerin durch die Veranstaltung. Sehr sensibel zeigte sie sich vor allem im Podiumsgespräch mit psychisch Erkrankten, die über ihre Erfahrungen berichteten. > APL



Anouschka Horn wurde vor allem durch die Moderation des Rundschau-Magazins bekannt.

FOTO BR

VERANTWORTLICH
für beide Seiten:
Bayerischer Bezirkstag,
Redaktion: Ulrich Lechleitner